

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hertwig,
sehr geehrte Frau Baubürgermeisterin Dr. Mösel,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit über einem Jahr beherrscht das Thema **Corona-Krise** nun unseren Alltag. Wir bewegen uns von Lockdown zu Lockdown, die Impfungen verzögern sich, wir leiden zunehmend unter den Kontaktbeschränkungen und etlichen weiteren Einschränkungen.

Im Frühjahr 2020 wurde ein enormes Ausmaß an Hilfsbereitschaft, Fantasie und Kreativität freigesetzt, was zu einer bemerkenswerten Welle der Solidarität führte. Es fand ein Umdenken, eine Rückbesinnung statt auf das, was zählt: Die Bedeutung des hohen Wertes einer lokalen Nahrungsmittelproduktion und wohnortnaher Versorgung.

Sichtbar wurde plötzlich z.B. auch, dass Wirtschaftsunternehmen trotz massiver Verlagerung ins Homeoffice und trotz fehlender Flugverbindungen tätig bleiben konnten.

Bei alledem müssen wir andererseits die im Verlauf des zweiten Lockdowns deutlich zu Tage getretenen negativen Folgen betrachten. Neben zunehmender Frustration über teils schwer nachvollziehbare Einschränkungen des individuellen sozialen Lebens, des Kultur- und Vereinslebens, von Handel, Gewerbe und Gastronomie, lässt auch zunehmend die Solidarität für ein Miteinander nach. Ungeduld, Existenzängste und Sorgen gewinnen zunehmend die Oberhand. Unsicherheit über die potenzielle Bedrohung durch Mutationen und mögliche weitere globale Pandemien kommen zum Vorschein.

Das wiederum führt zu Zweifeln und lässt Mitbürger*innen nachdenklich werden.

Die **Maßnahmenbündel der Stadt** (Gebührenerstattung, Aktion „Neckarsulm hilft“, Ideenbox, Umstellung auf Umsatzpacht, etc.) sind hier existenziell und dienen nicht zuletzt auch dem Erhalt einer lebendigen Innenstadt. Doch die Mittel für diese Hilfen sind endlich.

2020 ist für unsere Stadt zumindest aus finanzieller Sicht noch glimpflich verlaufen. Wie es für 2021 und die kommenden Jahre aussieht, ist noch nicht absehbar.

Neckarsulm plant in den nächsten Jahren die **Umsetzung vieler großer Projekte**, die finanz- und arbeitsintensiv sind.

Zu nennen sind u.a. der Bau der Verbundschule, der Umbau der Hermann-Greiner-Realschule, die Errichtung neuer Kitas, die Sanierung des Kanalsystems, die Digitalisierung, die Sanierung des Aquatolls und nicht zuletzt der weiterhin sehr umstrittene B27-Anschluss.

Wir sind dabei in großer Sorge, dass die Vielzahl an Projekten, die derzeit angegangen werden müssen, sowohl die finanzielle als auch die personelle Leistungsfähigkeit unserer Stadt bzw. Verwaltung übersteigt.

Die Frage ist: Wie investieren wir unser Geld wirklich sinnvoll und nachhaltig?

Die Erneuerung bzw. Verbesserung unseres Schulwesens ist zweifelsohne eine vorrangige Maßnahme, ebenso der Bau neuer Kitas und die Sanierung des Kanalsystems sowie die Digitalisierung. Auch halten wir die Sanierung der Ballei für wichtig, so wie eine Wiederbelebung des früheren Vivendi.

Gespannt warten wir auf die konkreten Vorschläge zur **Sanierung des Aquatolls**, mahnen aber an dieser Stelle zur Bescheidenheit!

„Klotzen statt kleckern“ war bisher in vielen Punkten in Neckarsulm die Devise. Wachstum in jeder Hinsicht und um jeden Preis hatte und hat oberste Priorität. Die uns umgebende Landschaft wird als großer Selbstbedienungsladen angesehen. Umweltfragen wurden und werden immer noch vernachlässigt.

Die Auszeichnung „Europäische Solarhauptstadt“, auf die Neckarsulm vor vielen Jahren stolz verweisen konnte, geriet inzwischen in Vergessenheit. Konsequenzen dieser Politik sind neben einer stark gewachsenen Verkehrsbelastung u. a. die Überhitzung und der Wassermangel in unserer Stadt, die in den letzten Sommern sehr deutlich zu spüren waren.

Wir müssen **radikal umdenken** und uns auf die wirklich wichtigen Dinge, wie z. B. die **Lebensqualität der hier lebenden Bürger**, konzentrieren.

Die Begriffe „Wohlstand und Wachstum“ müssen neu definiert werden!

Wir sind der Meinung:

Ein kompletter Wandel unserer Denk- und Handlungsweisen, ein Paradigmenwechsel, ist unabdingbar und unumgänglich. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Wir müssen für unser Handeln künftig viel mehr das **Gemeinwohl** im Blick haben – und weniger den wirtschaftlichen Aufschwung und den Gewinn Einzelner.

Die Krise hat einiges verändert:

Die Digitalisierung erfährt einen massiven Schub, Pendlerströme wurden deutlich reduziert, Videokonferenzen machen Flüge in ferne Länder oft überflüssig, die Zahl der schweren Verkehrsunfälle ist drastisch zurückgegangen.

So gilt es nun die positiven Veränderungen zu stärken und weiter zu entwickeln, denn ob Fahrradweg oder Autostraße, ob Kupferkabel oder Glasfasernetz, ob Windenergie oder Atomkraft – jede Entscheidung für eine bestimmte Infrastruktur gleicht einem Vertrag mit der Zukunft.

Beispielsweise müssen wir **„Innenstadt“ komplett neu denken.**

Schon vor Corona standen Handel und Gewerbe ebenso wie die Innenstädte insgesamt vor einem enormen Strukturwandel. Das hat sich nun verschärft. Die weltweite Pandemie hebt die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen deutlicher hervor und konfrontiert uns mit veränderten Lebensstilen, damit einhergehendem verändertem Konsumverhalten und erfordert eine Neuausrichtung.

Herrschte bisher vorrangig die Ansicht vor, die Innenstadt diene in erster Linie zur Konsumbefriedigung, müssen wir feststellen, dass Verbraucher stärker denn je online einkaufen.

Zunehmend zu befürchtende Leerstände und dringend erforderlichen Maßnahmen zur Klimaanpassung erfordern neue Ansätze, damit unsere Innenstadt zu Begegnungsorten mit hoher Aufenthaltsqualität wird, auch nach Ladenschluss.

Dies gelingt mit erlebbaren grünen Oasen zum Auf- und Durchatmen, mit spürbar weniger Autoverkehr, gerechter Verteilung des öffentlichen Raumes, Förderung einer klimafreundlichen Kleinbusflotte mit einem 1-€-Tagesticket und einem besseren Mix von Arbeiten und Wohnen.

Konkrete Ideen hierzu können demnächst auf unserer Homepage nachgelesen werden.

Alle Akteure aus Stadtverwaltung einschließlich Stadtmarketing, sowie Gastronomie, Handel, Gewerbeverein und Eigentümer sind aufgefordert, verstärkt gemeinsam Ideen für eine tragfähige zukunftssichere Innenstadt zu entwickeln und die vorhandenen Stärken von Handel und Gewerbe viel intensiver in den Fokus zu rücken.

Unsere Innenstadt muss es zukünftig Menschen über einen Einkauf hinaus ermöglichen, sich in angenehmer Atmosphäre zu treffen, gemeinsam etwas zu unternehmen und zu erleben. Der Aufenthalt in der Innenstadt braucht einen deutlichen Mehrwert im Sinne von gemeinsamem Erleben, d.h. mehr als den reinen Event-Charakter z.B. einer „Einkaufsnacht“.

Eine konkrete Maßnahme könnte sein, beispielsweise das viele Jahre brachliegende **Weinbaugenossenschaftsareal** mit einer attraktiven multifunktionalen Nutzung z.B. in Form einer Markthalle in Angriff zu nehmen.

In vielen Orten der Region gibt es ganz aktuell diesbezügliche Initiativen. Eine Wiederbelebung des WG-Areals in dieser Form bietet einen wetterunabhängigen Standort für unterschiedlichste Nutzer: Selbstvermarkter von regionalen Produkten, Probierstände, Weinverkostung, Ausstellungsflächen für wechselnde Kunsthandwerker oder Präsentationsflächen für Hausgemachtes, etc.

Eine solch vielgestaltige Nutzung würde auch Museen, Mediathek, VHS und Musikschule einbinden, Synergieeffekte erzielen, Publikumsverkehr anziehen und so durch Belebung und gesteigerte Kaufkraft zur Stabilisierung der Innenstadt beitragen.

Gerade in Zeiten des Lockdowns haben die außerschulischen Bildungs- und Kultureinrichtungen der Stadt vorbildlich dazu beigetragen, neue Strukturen zu schaffen, neue Lernformate zu entwickeln, um weiterhin Bildung zu vermitteln und Menschen miteinander zu verbinden, wenn auch mit anderen Formaten und virtuell. Dasselbe gilt für viele Vereine, die mit großem Engagement und Ideenreichtum dafür gesorgt haben, dass die Menschen zumindest unter Anleitung ihren Sport ausüben und online in Kontakt bleiben konnten.

Auch die vielerorts praktizierte Nachbarschaftshilfe hat zur wichtigen Stabilisierung des Lebensumfeldes in der Bevölkerung beigetragen.

Diese so hilfreichen Aktivitäten werden gerne als „Freiwilligkeitsleistungen“ der Stadt bezeichnet.

Die Forderungen von Kürzungen in diesen Bereichen werden immer lauter, um Ausgaben zu kompensieren.

Hier müssen wir wachsam sein, denn genau diese Aktivitäten bilden den „sozialen Kitt“ der Gesellschaft. Sie sorgen für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, sind tragende Säulen unserer Stadtgesellschaft und sollten daher weiterhin gestärkt werden.

Die meisten von uns haben inzwischen erkannt, dass unsere Flächen begrenzt sind. Daher bewerten wir es positiv, dass die Stadt anstatt neue Wohngebiete in Randlage zu erschließen, mehr **Realisierung von Wohnraum in der Kernstadt** und zentral in den Ortsteilen angeht.

Dies sollte behutsam bei gleichzeitiger **Schaffung von mehr grünen Rückzugs- und Erholungsräumen** erfolgen. Wünschenswert ist darüber hinaus, dass ein **stärkerer Einwohnermix** erreicht wird ebenso wie eine stärkere Verbindung von Arbeit und Wohnen in einem erweiterten Zentrum. Kurze Laufwege reduzieren die innerstädtische Verkehrsbelastung und sorgen für eine verstärkte Nutzung der Nahversorgung sowie der Gastronomie.

Wie wir schon seit geraumer Zeit feststellen müssen, explodiert der freie **Wohnungsmarkt**. Im Fokus von Kapitalanlegern und Bauunternehmen steht in erster Linie eine schnelle Rendite. Bürger*innen mit geringeren Einkommen bleiben mit ihren Bedürfnissen auf der Strecke. Wir sprechen hier von ganzen Berufsgruppen, wie z. B. Friseur*innen, Pflegekräften, Polizist*innen – Berufstätige, die durch ihre Arbeit unser Wohlergehen, unsere Gesundheit und Sicherheit gewährleisten.

Was wir brauchen sind effiziente und auf das Gemeinwohl ausgerichtete Steuerungsmechanismen zur Regulierung des Wohnungsmarktes wie:

- verbindliche Festlegung einer Quote von mindestens 20% für sozial Benachteiligte,
- Förderung von Kooperationen mit gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften,
- Anreize für Seniorinnen und Senioren, in kleinere barrierefreie Wohnungen umzuziehen, wenn ihnen ihr bisheriger Wohnraum zu groß und beschwerlich geworden ist; im Gegenzug können Familien mit Kindern eben diese größeren Wohnungen nutzen.
- Denkbar ist auch, dass die Kommune die Initiative ergreift, um die Umwandlung zu groß gewordenen Wohnraums Einzelner in generationenübergreifende Wohneinheiten zu fördern. Das schafft Verbundenheit und sorgt bei Älteren für das Gefühl, gebraucht zu werden, eine sinnvolle Aufgabe zu haben und zur Entlastung junger Familien beizutragen.

Bund und Land stellen auch für das kommende Jahr wieder zahlreiche Fördermittel zur Schaffung von günstigem Wohnraum zur Verfügung, Gelder, die für nachhaltiges, klimaschonendes Bauen eingesetzt werden können.

Laut Haushaltsplan werden in den kommenden Jahren **Kreditaufnahmen** wohl unumgänglich sein. Dafür war Neckarsulm jahrelang schuldenfrei. Wir sagen ja zu Kreditaufnahmen unter der Voraussetzung, dass sie für wirklich nachhaltige Projekte stehen.

Anschluss und Ausbau der B27 widersprechen unseren Klimazielen und unserem Verständnis von Nachhaltigkeit, deshalb lehnen wir dies ab.

Die Alternative „**Ertüchtigung des Südknötens**“ stellt aus unserer Sicht eine umweltverträglichere Alternative dar, die zudem weitaus weniger in unser Stadtbild eingreift und die Bevölkerung vor Lärm und Abgasen besser schützt.

U. a. mit der Aufweitung der Autobahnunterführung der Südtangente ist hier bereits eine gute Voraussetzung geschaffen.

Wir wehren uns gegen den Bau einer autobahnähnlichen Trasse durch unsere Stadt, die ganze Stadtgebiete von der Innenstadt abtrennt! Und wir sind klar für den Erhalt der Halbanschlüsse!

Wir appellieren nochmal eindringlich an die Verwaltungsspitze und an alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates:

Lassen Sie den rückständigen, absurden Plan des B27-Anschlusses endlich fallen!

Setzen wir uns gemeinsam für die Ertüchtigung von Süd- und Nordknötens ein!

Darüber hinaus muss die weitere Verplanung des „Linken Tals“ als Gewerbegebiet umgehend gestoppt werden. Neckarsulm braucht diese Fläche unbedingt für den Klimaschutz und als Kaltluftschneise, wie es ja auch der Umweltbericht betont.

Wir fordern, das Linke Tal aus dem Flächennutzungsplan zu streichen!

Wenn die Verwaltung beklagt, dass sie wegen der lokalen Industrie, des Straßenverkehrs und des benachbarten Kohlekraftwerks für Luftreinhaltung und CO₂- Bilanz nur sehr begrenzt etwas tun kann, dann erwarten wir einen massiven Einsatz unserer Stadt für einen schnellen Ausstieg aus der Kohleenergie, einen deutlich stärkeren Ausbau von Photovoltaik auf kommunalen Dächern, sowie ein Förderprogramm für Photovoltaik und energetische Sanierungen im privaten Bereich.

Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln müssen zudem Projekte wie Wasser-Vision, Schwammstadt, Hitze-Management und Flächenentsiegelung angegangen werden.

Ferner sollten auch in den Ortsteilen Dahenfeld und Obereisesheim Elektroladesäulen installiert werden.

Zudem regen wir einen interkommunalen Blühwiesenkorridor unserer Verwaltungsgemeinschaft an.

Wir begrüßen Ansätze und Aktivitäten der Stadt hinsichtlich der **Umsetzung eines Radwegekonzeptes**, sehen allerdings den Einsatz der Fahrrad-Piktogramme auf den Straßen ohne entsprechende intensive Aufklärung sämtlicher Verkehrsteilnehmer als kritisch und gefährlich für Radfahrer an.

Derzeit erleben wir durch die Handlungen, Beteuerungen und Äußerungen der Stadtverwaltung zwar ein Bekenntnis zu mehr Klimaschutz. Wir sehen auch Fortschritte diesbezüglich, unter anderem

- in der erkennbaren Innenverdichtung
- der Erstellung einer Immobilienstrategie,
- im Verzicht auf die Erschließung weiterer Wohngebiete am Stadtrand,
- im Verzicht auf die Anwendung des §13b des Baugesetzbuches,
- die Beteiligung an dem Projekt „Natur nah dran“
- dem Aufbau des Luftmessnetzes
- durch die Aktion mobiWert
- in der Beschlussfassung Klimaschutzziele.

Die Ereignisse der jüngsten Tage haben jedoch unser Vertrauen in die Aussagen der Verwaltung und in eine wirkliche Veränderungsabsicht erschüttert.

Wir haben erlebt, wie Projekte durch Winkelzüge schön gerechnet werden: Die tatsächlichen Kosten für die Verlagerung der Baumschule wurden aufgesplittet, die angebliche Notwendigkeit der Verlagerung der Praxis für Strahlentherapie lange Zeit nicht-öffentlich gehalten. Selbsterklärend waren diese Zusammenhänge nicht. Weder für uns Gemeinderäte und schon gar nicht für die Bürger.

Transparenz sieht anders aus! Jetzt den für nicht-öffentliche Belange zum Schweigen verpflichteten Gemeinderäten eine Mitschuld an dieser Vorgehensweise zu geben, ist inakzeptabel!

Wir haben in unserer Fraktion lange überlegt, ob wir diesem Haushalt zustimmen können. Letztlich hat die Hoffnung, dass der eingeschlagene Weg der Verwaltung in Richtung Klimaschutz tatsächlich umgesetzt wird, gesiegt. Es bleiben jedoch eine große Portion Skepsis und leider auch ein Vertrauensverlust bestehen.

Wir stimmen trotz großer Bedenken diesem Haushalt zu.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister Hertwig, sowie Ihnen, Frau Dr. Mösel und insbesondere bei Ihnen, Herr Kaufmann und Ihren Mitarbeiter*innen der Stadtkämmerei für die Erstellung dieses Haushaltsplans.

Ferner danken wir den Amtsleitern und allen Mitarbeiter*innen der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Haushaltsjahr.

Wir bedanken uns auch bei allen Kolleg*innen des Gemeinderats für die konstruktiven und kollegialen Auseinandersetzungen im abgelaufenen Jahr.

Ebenfalls möchten wir uns bei den Vertretern der Presse für die Berichterstattung bedanken.

Horst Strümann, Susanne Blawert, Dr. Stefan Müller, Dr. Susanne Mantino,
Ute Thumer

GR-Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Neckarsulm, 23.02.2021